



# **EHRlich. .. BODENSTÄNDIG. KONSEQUENT.**

UNSER PROGRAMM FÜR INGOLSTADT.

**Komm, wir retten  
unsere Heimat!**



### 1. Sicherheit voran: Für eine Stadt, die Heimat bleibt

Immer mehr Eltern sagen: „Wir trauen uns nicht mehr, unsere Kinder allein in die Stadt zu schicken.“ Viele Frauen haben Angst, nachts ohne Begleitung durch die Straßen zu gehen oder den ÖPNV zu nutzen.

Hierbei wird versucht, den Bürgern einzureden, es handle sich hier nur um eine „gefühlte Unsicherheit“. Das ist aber nicht der Fall. Die Erfahrungen im Alltag zeigen, dass das Gewaltpotenzial in unserer Stadt in den letzten Jahren massiv zugenommen hat. Man muss es klar sagen: Seit der Grenzöffnung im Jahr 2015 ist Ingolstadt objektiv, nicht nur subjektiv unsicherer geworden. Allein im Jahr 2024 lag der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger in unserer Stadt bei 52,8 Prozent.

Doch die Altparteien kehren die Probleme unter den Teppich. Damit sich hier etwas ändern kann, müssen die Tatsachen offen benannt werden. Hierfür wird sich die AfD im Stadtrat besonders einsetzen. Wir werden das aussprechen, was andere verschweigen und uns so zum Sprachrohr der Ingolstädter Bürger machen. Wir nehmen die Sorgen der Bevölkerung ernst. Weiter wollen wir die Präsenz der Polizei an öffentlichen Orten stärken. Das gilt vor allem in der Innenstadt und an Kriminalitätsschwerpunkten. Zusätzlich wollen wir Bürgerversammlungen und Sprechstunden einrichten, in denen die Ingolstädter über die Sicherheit unserer

Stadt und die aktuellen Probleme vor Ort sprechen können.

Solange sich die Politik auf Landes- und Bundesebene nicht ändert, ist an einer Videoüberwachung an Brennpunkten in Ingolstadt festzuhalten. Daher halten wir weiter am kommunalen Ordnungsdienst fest und fordern eine Aufstockung der Kontaktbeamten. Die AfD wird in Ingolstadt jenes Maß an Sicherheit wiederherstellen, welches wir hier über Jahrzehnte gewohnt waren. In unseren Parks und Grünanlagen in Ingolstadt wird zunehmend immer wieder Müll illegal entsorgt. Diesem Problem müssen wir in Zusammenarbeit mit Ordnungsdienst und Polizei Herr werden, damit unsere Stadt wieder lebens- und liebenswert wird.

Wir werden uns für eine Stadt einsetzen, in der sich die Bürger wieder wohl und sicher fühlen können!

### 2. Migration kommunal begrenzen

Die politisch herbeigeführte, nicht endende Masseneinwanderung verursacht besonders in Ingolstadt schwerste Probleme. Schon seit Jahren wird die Aufnahmequote an Migranten gemäß dem Königsteiner Schlüssel übererfüllt. Deshalb werden wir uns auch kommunal für die Begrenzung von Migration einsetzen.

Der Bevölkerungszuwachs durch Ausländer trifft auf einen ohnehin schon äußerst angespannten Wohnungsmarkt. Dadurch

verschärft sich die Wohnungsnot weiter. Ein großer Teil der Zuwanderer ist zudem nicht in der Lage oder dazu bereit, sich in die Stadtgesellschaft oder auch nur in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Einige Stadtteile sind in den letzten Jahren bevölkerungspolitisch gekippt, weil schwerpunktmäßig Migranten in Sozialwohnungen untergebracht wurden. Das verursacht soziale Konflikte und kulturelle Spannungen.

In den Ingolstädter Schulen und Kitas steigt der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund drastisch an. Aktuell liegt der Migrantenanteil an Grund- und Mittelschulen bei 60 Prozent. Dadurch entstehen Sprachbarrieren und kulturelle Konflikte. Lehrer und Kitapersonal sind zunehmend mit der Situation überfordert. Die Bildungschancen unserer Kinder verschlechtern sich in der Folge erheblich.

Wir werden deshalb in der Migrationspolitik auch in Ingolstadt für einen Kurswechsel sorgen. Die Aufnahmequote von Asylanten darf nicht ständig übererfüllt werden. Die Unterbringung von Migranten soll nicht mehr zulasten der Bürger erfolgen. Um den Wohnungsmarkt zu entlasten, werden wir alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten nutzen, um vom Land zugewiesene Asylbewerber in neu zu errichtenden provisorischen Einrichtungen menschenwürdig und kostengünstig unterzubringen. Zudem werden wir im Rahmen der gesetzlichen Regelungen Asylbewerber zur Reinigung und Pflege der entsprechenden Einrichtungen her-

anziehen, statt dies auf Kosten des Steuerzahlers durch externe Dienstleister erbringen zu lassen.

„Sicheres Ingolstadt, statt sicherer Hafen!“. Die Erklärung der Stadt Ingolstadt zum „sicheren Hafen“ aus dem Jahr 2021 (Stadtratsbeschluss) ist aufzuheben.

Ingolstadt ist unsere Heimat und soll es bleiben. Wir wollen deshalb gerade in der Migrationspolitik alles dafür tun, dass dieses Heimatgefühl erhalten bleibt. Beim Kurswechsel in der Migrationsfrage geht es uns um illegale Migration, nicht um gut integrierte Migranten, deren Interessen auch wir vertreten möchten.

### **3. Für familienfreundliches und bezahlbares Wohnen**

Bezahlbarer Wohnraum sollte kein Luxus, sondern der Normalfall sein. Der Wohnungsmarkt in Ingolstadt ist schon seit Jahren stark angespannt. Die Mieten liegen weit über dem Durchschnitt. Vor allem für alte, behinderte und sozial schwache Menschen fehlt es an Wohnraum. Gleichzeitig werden ständig neue Wohnmöglichkeiten für Asylanten geschaffen, wie erst kürzlich bei der „Umnutzung“ des Ara-Hotels. Oft steht bei der Wohnraumvergabe nicht das Gemeinwohl, sondern Profitinteressen im Vordergrund. Denn sozial schwache Ingolstädter Bürger und Migranten befinden sich im direkten Konkurrenzkampf auf dem Wohnungsmarkt.

Wir stehen weiterhin zum „Einheimischenmodell“ der Stadt Ingolstadt, bei dem vor allem kinderreiche Familien zu begünstigen sind.

Eine der Folgen der verfehlten Energiepolitik der Altparteien ist die Verteuerung der Mietnebenkosten. Einer kommunalen Wärmeplanung, die zu einer weiteren Erhöhung der Heizkosten führt, werden wir eine Absage erteilen.

### 4. Freie Fahrt für freie Bürger

Wir setzen uns konsequent für den Erhalt der mobilen Selbstbestimmung ein. Innerhalb von Ingolstadt betreiben die Altparteien jedoch eine ideologiegeleitete Verkehrspolitik gegen den Kraftverkehr. Wir stellen uns gegen eine pauschale Ausweitung von Tempo-30-Zonen, die Autofahrer gängelt und keinen positiven Effekt auf die Verkehrssicherheit hat. Der Pkw-Verkehr soll zudem nach dem Willen der Altparteien aus der Stadt weiterhin herausgedrängt werden. Dies führt zu einer noch stärkeren Verödung der Innenstadt. Alternativen für das Auto gibt es für viele nicht, besonders wenn man auch außerhalb von Ingolstadt mobil sein will. Wir sagen klar: „Ingolstadt ist Autostadt!“.

Die Behinderung des Individualverkehrs wird von der AfD strikt abgelehnt. Zu einer modernen freiheitlich-bürgernahen

Stadt gehört die Wahlfreiheit der Verkehrsmittel. Wir werden daher prüfen, inwiefern verkehrseinschränkende Maßnahmen der letzten Jahre aufgehoben werden können.

Im Straßenverkehr darf nicht das „Recht des Stärkeren“ gelten. Phänomene wie Parken auf der Fahrbahn oder „Geisterfahrer“ breiten sich jedoch aus. Dadurch kommt es zu Behinderungen im Verkehrsfluss, die Unfallgefahr steigt. All das geht zu Lasten der Mehrheit, die sich an die Regeln hält. Wir wollen die Verkehrsstraßen wieder sicherer machen. Durch gezielte Aufklärung auf Plakaten und Social Media soll ein stärkeres Bewusstsein für die Verkehrsregeln geschaffen werden. Die Kooperation mit der Polizei wollen wir stärken und die Polizeipräsenz an besonders betroffenen Orten erhöhen.

Immer häufiger kommt es in Ingolstadt zu Unfällen in Zusammenhang mit Elektro-Rollern. Das Sicherheitsgefühl im Straßenverkehr wird dadurch zusätzlich beeinträchtigt. Wir wollen die Beeinträchtigung der Sicherheit durch E-Roller kritisch untersuchen lassen und hier Gegenmaßnahmen falls notwendig einleiten. So wollen wir Verkehrsbeeinträchtigungen insbesondere für Fußgänger, Radfahrer, Geh- oder Sehbehinderte vermeiden.

Des Weiteren wollen wir für behinderte Menschen und sozial schwache Senioren eine möglichst kostenfreie Nutzung des ÖPNV gewährleisten.

Darüber hinaus sieht die AfD Investitionen in die sanierungsbedürftige Infrastruktur, statt weiterer Millionenprojekte, die wenig Nutzen für das Gemeinwohl haben, als prioritäre Aufgabe an.

## **5. Gemeinwohl statt rot-grüner Ideologie**

Soziale Verantwortung heißt für uns vor allem, sich zunächst auf die bedürftigen Ingolstädter zu konzentrieren. Im Bereich der Sozialfürsorge treten wir für einen stärkeren Ausgleich zwischen Nehmen und Geben ein. Soziale Fürsorge bedeutet „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Wir wollen den Fokus von städtischen Integrationsmaßnahmen weg von Asylbewerbern hin zu Langzeitarbeitslosen und der neuen prekären Lage auf dem Arbeitsmarkt auch in Ingolstadt lenken. Auch kranke und behinderte Menschen wollen wir stärker in den Fokus nehmen. Die Stadtverwaltung soll besser an die Bedürfnisse dieser Menschen angepasst werden. Gerade ältere Menschen dürfen bei Digitalisierungsmaßnahmen nicht übergangen werden. In der Stadtverwaltung müssen deshalb immer genügend analoge Angebote und Ansprechpartner vor Ort vorhanden sein.

Der Anteil der sozial schwachen Ingolstädter Bürger, die auf Unterstützung der Ingolstädter Tafel e.V. angewiesen sind, wird immer größer. Daher fordern wir, dass die Ingolstädter Tafel e.V. von der

Stadt Ingolstadt finanziell stärker unterstützt wird.

## **6. Ingolstadt als Autostadt ist ein Wirtschaftszentrum und soll es auch bleiben**

Ingolstadt hat exzellente Rahmenbedingungen und großes Potenzial für eine gute wirtschaftliche Entwicklung, beispielsweise durch seine Lage im Herzen Bayerns und die günstige Verkehrsanbindung. Die bisherigen politischen Verantwortlichen haben die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt hinsichtlich einer zielorientierten Industriepolitik jedoch in den letzten Jahren vernachlässigt. Insbesondere durch ökonomische Monostrukturen im Automobilbereich, die bis heute vorherrschen und dringend notwendige Diversifizierungen erschweren.

Zur Wirtschaftsförderung wollen wir vermehrt konjunkturunabhängige Betriebe zusätzlich zur vorherrschenden Automobilindustrie ansiedeln. Wir wollen ein Konzept zur Sanierung und Vermarktung der leerstehenden Gewerbe- und Bürogebäude in Ingolstadt entwickeln und umsetzen.

Damit Ingolstadt Wirtschaftszentrum bleiben kann, sind solide Finanzen der Stadt unabdingbar. Einhergehend hiermit ist ein strikter Spar- und Konsolidierungskurs in den nächsten Jahren notwendig. In Zeiten begrenzter Haushaltsmittel ist die vorrangige Erfüllung der

Pflichtaufgaben wie Sanierung und Bau von Kitas und Schulen sowie Erhalt der Infrastrukturen zu priorisieren.

Für uns ist die haushaltspolitische Prioritätensetzung klar. Ausgaben für ideologische Projekte und die Finanzierung linker Organisationen und Lobbygruppen werden von der AfD nicht unterstützt. Geld geben wir dort aus, wo der Nutzen für die Ingolstädter am größten ist und so, dass es möglichst der Stadtbevölkerung in der Breite zugutekommt.

Auch bei anderen ideologischen Projekten der bisherigen Rathauskoalition werden wir den Rotstift ansetzen. So wollen wir angesichts des verschwindend geringen Anteils Ingolstadts an CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Weltmaßstab keinen Cent für Klima-Projekte ausgeben. Es ist eine skurrile Vorstellung, aus Ingolstadt heraus das Weltklima retten zu müssen oder zu können.

Mit großer Sorge sehen wir auf die mittelfristige Finanzplanung der herrschenden Politik, die in den nächsten Jahren für einen drastischen Anstieg der Schulden sorgen wird, ohne dass die Ingolstädter einen Mehrwert hiervon haben. Sämtliche Investitionen des Stadthaushaltes sind in Zukunft ausschließlich auf das Gemeinwohl der Ingolstädter Bürger auszurichten.

### **7. Ingolstadts historisch-kulturelle Identität und Traditionen wahren und fördern**

Die Förderung von Tourismus und Kultur ist essenziell für die Entwicklung Ingolstadts. Heimatliebe fängt für uns vor Ort im Kleinen an. Die Pflege der historisch-kulturellen Identität unserer Stadt stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl und muss deshalb wichtiger Eckpfeiler der Kommunalpolitik sein. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns für den unbedingten Erhalt des Stadtmuseum Ingolstadt und des Bauerngerätemuseums aus. Wir wollen nicht an der Kultur sparen, aber die Gelder hierfür effizient und bürgernah einsetzen. Wir setzen auf eine ausgewogene und effiziente Nutzung der Ressourcen, um die Attraktivität der Stadt zu steigern. Statt auf Eventindustrie legen wir den Fokus auf klassische Formen des Tourismus und Kultur-Attraktionen, welche sich mit der Geschichte und Identität unserer Stadt befassen. Dadurch wollen wir dem Bildungsauftrag der Kulturpolitik stärker gerecht werden.

Wir stehen für eine transparente und bedarfsgerechte Kulturförderung. Die Mittel sollen verstärkt in Projekte fließen, die einen breiten gesellschaftlichen Nutzen stiften, statt in politisch motivierte Initiativen, welche nur das linksgrüne Milieu ansprechen. Wir streben eine unabhängige Bewertung von Förderanträgen an, um sicherzustellen, dass die kulturelle Vielfalt der Stadt effektiv unterstützt wird.

Angesichts der angespannten Haushaltslage lehnen wir eine kompromisslose sofortige Sanierung des Stadttheaters ab. Theaterbetrieb ist und bleibt eine freiwillige Aufgabe der Stadt Ingolstadt. Pflichtaufgaben wie Bau und Unterhalt von Schulen, Kitas sowie Gesundheitsversorgung haben Vorrang und sind finanziell zu priorisieren.

Zusätzlich fordern wir als basisdemokratische Partei einen Bürgerentscheid zur grundsätzlichen Frage der Sanierung des Hämer-Baus.

## 8. Bezahlbare Energie für alle

Vor allem Geringverdiener leiden unter den seit Jahren drastisch gestiegenen Energiekosten. Wird Ingolstadt weiterhin an dem Ziel festhalten, bis 2035 „klimaneutral“ zu werden, wird sich diese Situation weiter drastisch zuspitzen. Eine Energietransformation in der Kürze dieser Zeit lässt sich nicht sozialverträglich gestalten. Wir stehen deshalb für eine Kehrtwende in der kommunalen Energiepolitik: Weg von realitätsfernen Utopien, hin zu einer realistischen und bürgernahen Politik. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Streichung der Ingolstädter Klimaziele ein. Diese nützen weder dem Klima noch den Bürgern.

Darüber hinaus wird die durch die Bundesgesetzgebung vorgegebene Verpflichtung zur kommunalen Wärmeplanung ein wichtiger Schwerpunkt der kommen-

den Wahlperiode des Ingolstädter Stadtrates. Als Folge der unverantwortlichen Energiepolitik der Bundes- und Landesregierung sind die Kommunen gezwungen, nach neuen Möglichkeiten der Wärme- und Energieerzeugung zu suchen.

Die Verteuerung fossiler Energieträger ist allein auf die wirtschaftsfeindliche Politik der Altparteien zurückzuführen. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden. Die AfD wird keine kommunale Wärmeplanung bestätigen, die für Ingolstädter zu weiteren Heizkostenerhöhungen führt.

Bei kommunalen Projekten entscheiden wir über den Ausbau Erneuerbarer Energien im Einzelfall und nach Wirtschaftlichkeit. Jegliche Verpflichtung zum Bau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie bei Neu- und Altbauten lehnen wir ab (kein Solardachzwang).

Die Stadtwerke haben aus unserer Sicht den Auftrag, den Ingolstädtern preisgünstige Energie zur Verfügung zu stellen. Der gesamte Betrieb ist an diesem Ziel auszurichten, statt teure erneuerbare Energieprojekte zu betreiben.

Die AfD erteilt teuren und volkswirtschaftlich unrentablen Energieprojekten und Experimenten eine Absage.

### 9. Für eine familienorientierte Kommunalpolitik

Wir wollen, dass sich Familien und Kinder in Ingolstadt wohl fühlen. Die Interessen von Familien sind für uns von zentraler Bedeutung und Motivation für unser politisches Handeln. Ingolstadt soll zu einer familien- und kinderfreundlicheren Stadt werden.

Hierfür ist eine gute und sichere Betreuung in den Kindergärten sicherzustellen. In den letzten Jahren finden – auch in Ingolstadt – immer häufiger sogenannte Drag-Queen-Vorlesungen statt. Für uns steht das Kindeswohl an erster Stelle. Kinder dürfen nicht frühsexualisiert oder in ihrer Identität verunsichert werden. Einer Indoktrination von Kindern, in welcher Form auch immer, erteilen wir eine klare Absage. Wie vom Grundgesetz festgeschrieben, obliegt das Recht auf Kindererziehung zunächst den Eltern. Die begleitende Erziehung durch Kitas muss daher wertneutral sein und darf nicht in das vorgeordnete Elternrecht eingreifen.

Darüber hinaus müssen Kitas für Kinder, Betreuungspersonal und Eltern sichere Orte bleiben. Kinder dürfen nicht Zeugen von Gewaltvorfällen werden. Vorfälle dieser Art müssen klar benannt und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. In diesem Zusammenhang wollen wir auch das Mitspracherecht der Eltern in den Kitas stärken. Anzusetzen wäre hier etwa bei einer transparenten Gremienstruktur oder einer Mitbestimmung bei neuen Er-

ziehungs- und Sicherheitskonzepten.

Zudem muss die Möglichkeit einer individuellen Förderung der Kinder bestehen. Dafür muss aber genügend Personal in den Kindertagesstätten vorhanden sein. Dafür wollen wir gezielt gut ausgebildete Fachkräfte aus den neuen Bundesländern anwerben. Zeitgleich können wir damit diesen Fachkräften hier bei uns wieder eine berufliche Zukunftsperspektive bieten.

Finanzpolitisch wollen wir Kita-Neubauten und sanierungsbedürftige Kitas in der Haushaltsplanung priorisieren.

Beim städtischen Wohnungsbau setzen wir uns für die verstärkte Schaffung von geeignetem Wohnraum für kinderreiche Familien ein, um zu verhindern, dass diese aus der Stadt wegziehen müssen, weil ihnen die eigenen vier Wände zu klein werden und sie keine bezahlbaren Wohnungen in angemessener Größe in Ingolstadt finden.

Nicht zuletzt wollen wir durch die Einrichtung von Familienparkplätzen in der Innenstadt gewährleisten, dass die Mobilität von Eltern mit Kindern verbessert wird.

### 10. Fehlentwicklungen im Bildungssystem überwinden

Hohe Standards in Bildung und Wissenschaft sind Grundpfeiler für das wirtschaftliche Wohlergehen einer ganzen

Region. Wir wollen daher gut ausgestattete Bildungseinrichtungen, in denen unsere Schüler, Auszubildenden und Studenten optimal auf das Leben und den Beruf vorbereitet werden.

Dafür müssen wir viele Missstände beseitigen, für die die Altparteien verantwortlich sind. So ist bereits der Sanierungsstau an Ingolstädter Schulen und Turnhallen gigantisch und wächst stetig weiter an. Bereits seit Jahrzehnten muss ein Teil der Schüler in Containern unterrichtet werden, ohne dass hier die Probleme wirklich in Angriff genommen worden wären. Auch der Zustand der sanitären Einrichtungen ist oft mangelhaft. Mittlerweile wird sogar beim Einbau von Waschbecken in Klassenzimmern gespart. Es mangelt an Sauberkeit und notwendigen Hygienemaßnahmen. Wir wollen hier den Sanierungsbedarf konsequent abbauen.

Wir stehen für eine bedarfsgerechte Beschulung von Kindern. Die individuelle Förderung der Kinder je nach Lern- und Leistungsfähigkeit muss gewährleistet bleiben. Die gemeinsame Beschulung leistungsschwacher und leistungsstarker Schüler geht zu Lasten beider Gruppen. Deshalb müssen Förderschulen erhalten bleiben.

Die Anzahl der Schüler mit Migrationshintergrund, die Deutsch nicht als Muttersprache sprechen, nimmt seit Jahren stetig zu. Um die dadurch entstehende Belastung an Ingolstädter Schulen abzubauen, machen wir uns insbesondere

für eine Höchstquote von Schülern stark, die Deutsch als Fremdsprache sprechen und nicht über ein hierfür ausreichendes Sprachniveau verfügen. Die nicht im normalen Schulbetrieb beschulbaren Kinder sollen in besonderen Auffangklassen in gesonderten Schuleinrichtungen ihrem Bedarf angepasst unterrichtet werden.

Einen hohen Stellenwert hat für uns die naturwissenschaftlich-technische Wissensvermittlung, welche wir auch durch entsprechende Freizeitangebote verbessern wollen. Möglichst früh wollen wir so das Interesse an Zukunftsthemen wie ‚Robotik‘ und ‚KI‘ wecken, entsprechendes Wissen vermitteln und den Wettbewerbsgeist unserer Kinder fördern. Hierbei soll insbesondere die Zusammenarbeit mit geeigneten Vereinen angestrebt werden.

Wir werden uns zudem für echte politische Neutralität an den Ingolstädter Schulen einsetzen. Projekten, die eine politisch tendenziöse Beeinflussung von Schülern und Jugendlichen fördern, werden wir uns entschieden entgegenstellen. Der Einfluss linksgerichteter NGOs an Schulen ist zu unterbinden. Gemäß dem Kontroversitätsgebots des Beutelsbacher Konsens ist bei politischen Themen darauf zu achten, dass alle Sichtweisen zu Wort kommen können. Schulen dürfen bei der politischen Meinungsbildung von Schülern nicht vorgreifen.

Bereits frühzeitig wollen wir die Ingolstädter Unternehmen und Handwerksbetriebe in die schulische Berufsvorbereitung

tung mit einbinden, um unsere Schüler auf die Praxis in Ausbildung und Beruf optimal vorzubereiten.

Der Wert der Ingolstädter Hochschulen für unsere Stadt ist uns bewusst. Wir werden daher die Steigerung der Attraktivität des Hochschulstandortes Ingolstadt nach Kräften unterstützen.

### 11. Mehr direkte Demokratie wagen

Wir sagen: „Alle Ingolstädter sollen entscheiden, nicht nur jene mit Beziehungen!“ In einer demokratisch verfassten Stadt sollte in allen wesentlichen Belangen der Bürger das letzte Wort haben. Zwar reden alle Parteien gern von Bürgerbeteiligung, aber leider merkt man davon bisher wenig. Beispielsweise wird durch die Politik der Altparteien gegen die Mehrheit der Ingolstädter eine desaströse Zuwanderung in die Stadt immer weiter befeuert, obwohl die negativen Auswirkungen deutlich zu spüren sind. Die Nutzung des Ara-Hotels als Flüchtlingsunterkunft ist ein eklatantes Beispiel für dieses undemokratische Vorgehen.

Egal ob es um Asylunterkünfte im Wohnumfeld, den Wunsch nach mehr Parkplätzen, die Sanierung von Schulen oder Turnhallen oder um die Gebühren für das Anwohnerparken geht: Eine echte Mitentscheidung der Ingolstädter bei wichtigen Themen gibt es nicht. In aller Regel werden sie von den Altparteien mit

leeren Absichtserklärungen abgespeist, um dann zur Tagesordnung überzugehen. Transparenz: Fehlanzeige! Ob es nun um das Ingolstädter Stadttheater oder das Ara-Hotel geht: Wir wollen echte Mitbestimmung der Bürger bei relevanten Entscheidungen!

Die AfD hat sich in den vergangenen Jahren als Ansprechpartner für die Interessen der Bürger etabliert. Zu unseren Grundprinzipien zählt, die Wünsche der Ortsteile vorrangig zu berücksichtigen. Das werden wir auch weiterhin durch unser Abstimmverhalten, beispielsweise bei Bebauungsplanungen oder bei Haushaltsänderungsanträgen, so handhaben.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ingolstädter in Entscheidungen mit langfristigen und bedeutenden Auswirkungen für die Stadt besser einbezogen werden. So wollen wir sicherstellen, dass der Mehrheitswille der Ingolstädter auch im Zusammenhang mit der Zuwanderungs-, Verkehrs- und Klimapolitik sowie bei Fragen der inneren Sicherheit und der finanzpolitischen Schwerpunktsetzung auch außerhalb von Wahlen regelmäßig abgefragt und im Rahmen des rechtlich Möglichen berücksichtigt wird. Der Einflussnahme von lauten, aber eine Minderheit repräsentierenden Verbänden und anderen Lobbyisten stehen wir kritisch gegenüber und werden ihnen entschieden gegenüberzutreten.

Wichtig ist für uns auch, einfache Kommunikationswege zwischen Bürger und Verwaltung bereitzustellen. Die

Ingolstädter haben Anspruch auf eine effiziente, dienstleistungsorientierte Verwaltung, die sich durch Bürgernähe auszeichnet. Wir wollen, dass sich auch berufstätige Menschen auf eine aufmerksame und unkomplizierte Stadtverwaltung verlassen können. Dazu sollen die Servicestellen sowohl zeitlich flexibel als auch räumlich gut erreichbar sein.

## **12. Keine Macht den Nervensägen: Für eine Stadt für alle Bürger**

Die von der herrschenden Politik seit Jahren angestrebte „gesellschaftliche Transformation“ wird auch in Ingolstadt mit autoritären und manipulativen Methoden von den Altparteien durchgesetzt. In den letzten Jahren zeigte sich dieser neue Politikstil im Umgang mit dem Bürger nicht nur in menschenwürdigem Impf- oder Maskenzwängen, Ausgangssperren und der monatelangen völligen Beseitigung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit.

Seit Jahren versuchen Gruppierungen aus dem Vorfeld des herrschenden politischen Lagers, eine Vielzahl von politischer Kritik oder Meinungsäußerungen als „unsagbar“ einzuordnen.

Darunter fällt selbst moderate Kritik an der herrschenden Zuwanderungspolitik der Altparteien. Die öffentliche Äußerung der biologischen Tatsache, dass es lediglich zwei Geschlechter - nämlich männlich und weiblich gibt, führt in die

gesellschaftliche Ächtung. Gleiches gilt für das Beharren auf einem traditionellen Familienideal aus Mann, Frau und Kindern.

Unser städtisches Gefüge leidet an manchen Stellen unter einem erheblichen Mangel an politischer Neutralität. Besonders deutlich wird dies an Einrichtungen wie dem Jugend- und Kulturzentrum Fronte 79: Anstatt ein offener Raum für alle jungen Bürger zu sein, dominieren dort stark linkslastige Veranstaltungen, während konservative oder abweichende Positionen kaum zu Wort kommen oder gar nicht erst zugelassen werden. Auch die städtische Gleichstellungsstelle lässt die gebotene Neutralität vermissen.

Bei der Kommunikation der Stadtverwaltung mit den Ingolstädtern werden wir die konsequente Anwendung der deutschen Rechtschreibung und Sprache durchsetzen. Ideologische Sprachveränderungen wie das sogenannte Gendern werden wir aus der Stadtverwaltung verbannen.

Politische Einflussnahme durch linke NGOs werden wir beenden. Projekte sollen zukünftig nur dann aus dem Stadthaushalt gefördert werden, wenn die Projektträger einen politisch neutralen Umgang mit allen Ingolstädtern gewährleisten.

[www.afd-ingolstadt-eichstaett.de](http://www.afd-ingolstadt-eichstaett.de)

**Spendenkonto:** AfD KV Ingolstadt Eichstaett  
Raiffeisenbank im Donautal

**DE36 7216 9812 0000 1427 51**

Spendenzweck: Politische Arbeit AfD KV IN / EI

**AfD Kreisverband Ingolstadt/Eichstätt**

Sachsstraße 13  
85080 Gaimersheim

Telefon 08458 3429820  
[info@afd-ingolstadt-eichstaett.de](mailto:info@afd-ingolstadt-eichstaett.de)

Folgen Sie uns auch bei:

